



Fokus Haushaltsplan 2020/21 - Meinungsaustausch zwischen DGB und Vertretern der Landesregierung

Baden-Württemberg

Wieder einmal haben sich die Vertreterinnen und Vertreter der DGB-Gewerkschaften mit den Hausspitzen von Staatsministerium, Finanzministerium und Innenministerium getroffen, um sich zu beamtenpolitischen Themen auszutauschen.

des öffentlichen Dienstes. Andere Länder haben sich Hamburg zum Vorbild genommen und entsprechende Gesetze beschlossen. Baden-Württemberg darf sich hier nicht abhängen lassen.

Licht und Schatten im nächsten Doppelhaushalt

Mit der Vorlage des Haushaltsplans für die Jahre 2020/21 wurden Verbesserungen bei der Personalausstattung und für den vorhandenen Personalkörper umgesetzt, die dringend nötig waren. Ein Ausruhen auf dem aktuellen Haushalt ist aus Sicht der Gewerkschaften aber nicht angebracht. Denn nach wie vor gibt es viele Baustellen im öffentlichen Dienst, die es anzugehen gilt. Daher ist es kaum verwunderlich, dass Gewerkschaften und Landesregierung das im aktuellen Haushaltsplan Erreichte unterschiedlich bewerten.



Foto: DGB/D.Gaugler

Mogelpackung Dienstadleasing

Am deutlichsten wurden die Differenzen beim Dienstadleasing. Hier verstieg sich die Landesregierung gar zum Vorwurf, dass sich die Tarifpartner einer Lösung verweigern und daher das Dienstadleasing nur für die Beamtinnen und Beamten angeboten werden kann. Zur Klarstellung: Das ist keineswegs der Fall. Das zuschussfreie Modell, welches die Landesregierung nun umsetzt bringt für die meisten Beamtinnen und Beamten kaum einen Vorteil. Dies zeigt bereits das Gutachten, dass die Landesregierung zu diesem Thema selbst in Auftrag gegeben hat. Bei den Tarifbeschäftigten brächte es zudem Nachteile in der sozialen Sicherung. Einer sinnvollen Lösung, bei der auch das Land einen echten Beitrag leistet hat sich niemand verweigert. Vielmehr haben die Gewerkschaften eine ganze Reihe von Vorschlägen gemacht, denn die Gewerkschaften wollen etwas für alle Beschäftigten und für die Klimawende tun. Allerdings hatte die Landesregierung daran kein Interesse.

Kein Einlenken bei der Frage der Wochenarbeitszeit.

Mit Blick auf die Kosten hat die Landesregierung die Forderung nach einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit in dieser Regierungsperiode zurückgewiesen. Das Land ist mit der 41h-Woche alleiniger Spitzenreiter unter den Ländern. Für den DGB ist der einfache Verweis auf die Kosten ein fadenscheiniges Argument. Andere Länder zeigen mehr Kreativität und den Willen, Lösungen zu finden. Denn nicht nur haben Umfragen bei Betroffenen gezeigt, dass es ein großes Bedürfnis nach Reduzierung der Arbeitszeit gibt. Auch eine Vielzahl von Studien zeigen auf, dass sowohl Aspekte der Arbeitssicherheit als auch der Gesundheit eine Absenkung der überhohen Wochenarbeitszeit erfordern. Für den DGB ist die 41h-Woche aus der Zeit gefallen. Wir werden in dieser Frage nicht locker lassen und die Landesregierung immer wieder mit dieser Frage konfrontieren werden. An Vorschlägen mangelt es nicht.

Nachdenken bei Pauschaler Beihilfe

Erneut wurde von Seiten der Landesregierung mitgeteilt, dass die Frage der Pauschalen Beihilfe nach dem Vorbild Hamburgs geprüft wird. Für den DGB wird mit der Pauschalen Beihilfe nicht das Berufsbeamtentum in Frage gestellt, wie manche argwöhnen. Vielmehr geht es darum für aktuell rund 4.500 Betroffene eine Gerechtigkeitslücke zu schließen, die ihnen abverlangt den doppelten Kassenbeitrag zu bezahlen. Das ist auch ein gewaltiger Hemmschuh für dringend benötigte Quereinsteigende. Eine Lösung sorgt darum zugleich für eine Steigerung der Attraktivität

Immerhin hat die Landesregierung mitgeteilt, dass sie verschiedene Modelle von Langzeitarbeitskonten prüft. Einige dieser Modelle können langfristig zu einer Absenkung der Arbeitszeit führen. Für die DGB-Gewerkschaften steht fest, dass die Einführung von Langzeitarbeitskonten nur dann in Frage kommt, wenn dies mit einer Reduzierung der Wochenarbeitszeit einhergeht.

Das Gespräch hat gezeigt, dass es wichtig ist trotz unterschiedlicher Positionen regelmäßig im Gespräch zu bleiben und auch den Konflikt nicht zu scheuen. Wir bleiben am Ball für die Interessen aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.